

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorisch in Biedrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

Stellvertretung in Hochheim: Jean Lauer

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Colonettzeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Nr. 131

Samstag, den 8. November 1919

Hochheim (Main) G. 1919

13 Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 642.

Bekanntmachung

betreffend Verbot des An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh.
Erfolgt nach der Ratifizierung beginnen die im Friedensvertrag vorgesehenen

Viehlieferungen an die alliierten Mächte.

Es müssen innerhalb dreier Monate nach Friedensschluss durchzuführen sein. Die Ausführung der Bestimmungen liegt so schwerer Anforderungen an unsere Viehwirtschaft, daß daneben ein Handel mit Zucht- und Nutzvieh nicht möglich sein kann.

Auf Empfehlung des Landesrats vom 18. Oktober 1919 (B. I. 1919/19) wird daher auf Grund der Bestimmungen des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Erhaltung von Viehlieferungen und die Viehversorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. B. I. S. 607), vom 4. November 1915 (R. B. I. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (R. B. I. S. 673) sowie der Verordnung des Bundesrats über Viehversorgungsregelung vom 27. März 1916 (R. B. I. S. 199), der Anordnung der Landeszentralbehörden vom 27. Dezember 1917 und der Anordnung der Landeszentralbehörden, betreffend den An- und Verkauf von Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh vom 16. Juli 1918 (R. B. I. S. 1. Sonderb. 1918 S. 166) für den Umfang des Regierungsbezirks folgendes angeordnet:

§ 1.

Zugvieh An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh (Rinder, Kühe, Pferde, Schweine) wird mit Wirkung vom 27. Oktober d. J. an bis auf weiteres verboten. Das Verbot erstreckt sich auch auf die von den Viehhändlerverbänden mit Ausnahmeurteilen versehenen Händler.

Wird die Nachweis geführt, daß der Verkauf schon vor dem 27. Oktober 1919 getätigt ist, so kann die Viehversorgungsstelle auch nach dem 27. Oktober den Weiterverkauf der betreffenden Tiere gestatten und die Transport- bzw. Ausfuhrbescheinigung erteilen. Begründete Anträge sind bei dem zuständigen Kreisamtsverwalter einzureichen, welcher sie nach Stellungnahme der Viehversorgungsstelle zur Entscheidung vorlegt.

Nach dem 27. Oktober 1919 kann die Erlaubnis zum An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh nur in dringenden Ausnahmefällen von der Viehversorgungsstelle erteilt werden.

Bei jedem Transport von Zucht- und Nutzvieh muß der Viehbesitzer die Transportbescheinigung mit sich führen.

§ 2.

Der Handel mit Ferkeln und Sauerkühen bis zum Gewicht von 25 kg. bleibt auch weiterhin unter den bisherigen Bedingungen gestattet.

§ 3.

Zusammenfassungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
Daneben unterliegt das Entziehen dieser Vorschriften gehandelt oder transportierte Vieh, ausgeführte Vieh der Befehlsgewalt.

§ 4.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 27. Oktober 1919 in Kraft.
Hochheim a. M., den 21. Oktober 1919.
Viehversorgungsstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.
A. Nr. 11. 1439/1. Der Vorsitzende.

Wird hiermit veröffentlicht.
Wiesbaden, den 29. Oktober 1919.
Der Vorsitzende des Kreisamtsverwalters.
A. Nr. 11. 1439/1. A. A. Schmitt.

Nr. 643.

Bekanntmachung

Aufgabe Anordnung der Viehversorgungsstelle wird nachfolgendes

bestimmt:
Von der bei Errechnung des Lebensmittels von jedem Viehversorgungszeuger zu erhaltenden Entschädigung ist nicht 1/2 des Entschädigungsbetrags wie in den früheren Bestimmungen vorgesehen, sondern nur 1/3 zur Deckung der zum Verfallenen Viehversorgungszeugern und der Verluste an Futtermittel und Schwinden der Viehversorgungszeugern einzuhalten zu befehlen.

Die Kreisamtsverordnungen vom 16. Oktober betreffend die Viehversorgungsstelle im Landkreis Wiesbaden erläßt hierdurch in § 11 die entsprechende Abänderung.
Die Kreisamts- und Gemeindevorstände ersuche ich, durch die Ortsamtsverwalter vorstehendes zur Kenntnis der Viehversorgungszeuger zu bringen. Die hiernach für die Verlegung der Viehversorgungsstelle freierwerbenden Viehversorgungszeuger sind alsbald an die mit der Abnahme beauftragten Stellen abzuliefern.
Wiesbaden, den 3. November 1919.
Der Vorsitzende des Kreisamtsverwalters.
A. Nr. 11. 1439/1. A. A. Schmitt.

Nr. 644.

In mehreren Gehöften der Stadt Hochheim wurde die Mast- und Schlachtvieh amtierendlich festgestellt und die Gefährdung angeordnet. Gemäß § 163a der Viehseuchengesetzgebung (Anordnung (Reichsgesetzbl. 1912 S. 3) wird daher der Viehtrieb von Wiesbaden nach diesjährigen Hochheimer Markt unterlag.
Wiesbaden, den 1. November 1919.
Der Sanität.
A. Nr. 2. 3220. A. A. Schmitt.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Ein neuer Aufbruch der Reichsregierung.

Am Berlin, 6. November. Die Reichsregierung und die Reichsversammlung eröffnen folgenden von sämtlichen Reichsministern und Reichspräsidenten unterzeichneten Aufbruch: „Aufbruch!“ Ein vernichtender Streik soll gegen die Regierung werden. Wir haben den Kampf zu führen. Der vernünftige Einfluß der gesamten Reichsregierung auflegen müssen, um in

lechten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für 10 000 von Einzelhändlern außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Verpesten des Hungers, der Mitleid und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freierwerbenden Transportmittel aus wirklich bis zum letzten Augenblick auszunutzen. Um diesen Zweck soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen. Ein Aufbruch auf Leben und Gesundheit muß damit einhergehen. Die Folgen sind in der Hand der Regierung. Die gesamte Bevölkerung ist in den entscheidenden Widerstand einzuordnen. Der Kampf der Arbeiterklasse wird, soweit es ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen in eine politische Angelegenheit übergeführt werden. Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufbruch bedeutet und wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen jedes Element wehren. Die es nach einer in den Abgrund führen wollen, sind verantwortlich für das Leben und die Gesundheit von 60 Millionen Menschen. Wir werden sie mit Einsetzung aller Kräfte verfolgen. Volksgewalt steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite. Es geht um Euch. Eure Frauen und Kinder.

Zur Verkehrsperre.

Berlin. Die entgehende Maßnahme, zu der sich die Eisenbahnverwaltung und das Reichswirtschaftsministerium veranlaßt gesehen haben, indem der gesamte Personenverkehr für 10 Tage stillgelegt wird, ist hier und da zu geistert worden, als hätten dabei politische Rücksichten — es wurde auf den 9. November hingewiesen — abgewogen. Wir nun von zureichender Stelle aus das bestimmteste versichert, daß die Maßnahme ausschließlich auf wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen ist. Ein Bericht des Reichskohlenkommissars über die Lage auf dem Kohlenmarkt, sowie schärfste Mitteilungen der Süddeutschen Regierungen nach Berlin über die drohende Kohlennot, sowie die Notwendigkeit, der Kartoffelnot besonders auch in den westlichen Industriegebieten zu steuern, sind maßgebend gewesen für den Beschluß der Reichsregierung.

Es ist eine Zeitlang erwogen worden, ob man ohne völlige Sperre des Personenverkehrs das gewünschte Ziel erreichen könne. Man mußte aber einsehen, daß das nicht gelingen würde. Auch die bevorstehende jährliche Sparte darf nicht als Alibi gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten angesehen werden, vielmehr ist auch nach dem 15. November noch mit wesentlichen Verkehrsbeschränkungen zu rechnen.

Ueber die bevorstehenden Eisenbahnverkehrsbeschränkungen ist weiter folgendes mitzuteilen: Nach dem 15. November sollen im übrigen Gebiet nur solche Personenzüge fahren, die im Interesse des Wirtschaftslebens unbedingt nötig sind. Im besetzten Gebiet verkehren die internationalen Schnellzüge in der Weise, daß täglich je ein Zug auf den Hauptbahnen fährt. Die übrigen Züge werden auf ein Viertel der jetzigen Zahl vermindert. Auf den Nebenbahnen verkehrt täglich je ein Zug morgens und abends. Nach dem 15. November wird auf unbestimmte lange Zeit eine Reduktion der Fahrkarten eingeführt, d. h. es werden jedesmal nur so viel Fahrkarten verkauft, bis der betreffende Zug gefüllt ist.

Am London, 5. November. Havas. In Verantwortung einer Anfrage über die deutschen Streikkräfte in den Baltischen Provinzen erklärte Churchill, daß sie sich auf etwa 35 000 Mann belaufen. Davon wolle 15 000 nicht nach Deutschland zurückkehren, während die übrigen 20 000 unter dem Kommando Bermonds hätten. Der sei von Judentum als außerhalb des Gebietes stehend, bezeichnet worden.

Am London, 5. November. (Neuer). Die vom Räte zur Bekämpfung der Hungernot organisierte wirtschaftliche Konferenz über die Weltwirtschaft und Finanzlage Europas. Der Holländer Dr. Debeschou de la Kruis, der die Wiener Spital leitete, gab ein hochbedeutendes Bild von den Verhältnissen, die Hunger und Krankheit in Wien angedrückt haben. Prof. Brentano (Deutschland) erklärte, es sei zweifellos, fortwährende internationale Vorkämpfe für die Erhaltung des Lebensstandards in der ganzen Welt zu treffen, so lange der Standard der großen Masse Zentraluropas fast auf dem gleichen Niveau liege. Sie George Roth, der die Verhältnisse in Deutschland und Västergöt, sagte: Europa habe vor einer unermesslichen Katastrophe und wenn der europäische Kredit nicht wieder hergestellt werde, werde eine gewaltige bolschewistische Erhebung die Folge sein. Prof. Suring, der an der Regierungskommission nach Deutschland teilgenommen hat, erklärte, Deutschland stehe am Rande des Hungers. Millionen würden dort im Winter sterben.

Zeitungsschau.

Ueber den Zusammenbruch des Verkehrswezens schreibt Dr. Kewer im „Bayer. A.-M.“: Deutschland wird in der Zeit vom 5. November bis zum 15. November ohne Verkehrsverkehr sein, also in einen Zustand zurückfallen, der demjenigen vor Einführung der Dampfmaschine entspricht. Schlimmer noch, denn in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war in deutschen Ländern ein vorzüglicher Eisenbahndienst eingerichtet, der sein zuverlässiges Kurierhaus hatte und keineswegs funktionierte. Der heutige Privatverkehr kann ihn nicht ersetzen. Er bedeutet gegen eine ansehnliche Devisenquantität die reine Katastrophe. Der Einsturz der Reichsregierung kam viel zu plötzlich. Sie wird jetzt nicht nur die Preissteigerungen der Lebensmittel, sondern auch die Rücksicht des zusammenbrechenden Wirtschaftslebens über sich ergehen lassen müssen. Was es wirklich keinen

anderen Kuemeg? Die Mitglieder des Kabinetts, durchweg Buren des Verkehrswezens, haben sich natürlich durch Sachverständige beraten lassen. Aber diese Sachverständigen sind zu spät befragt worden. Sonst hätten sie gesagt: Es ist immer noch besser, ein Viertel, so die Hälfte des Verkehrsverkehrs für einen Monat einzustellen, als das Ganze für zehn Tage. So aber stehen wir vor dem Wintersturm. Die Kartoffeln müssen verteilt werden. Wenn es hier eine Schuldfrage gibt, so muß derjenige Minister verantwortlich gemacht werden, der die Kartoffelverteilung nicht vorausgesehen hat. Aber was helfen alle nachträglichen Untersuchungsanstalten? Das Unheil ist da, und wir müssen hindurch. Post, Telegraph und Telefon, bisher schon frant und überfordert, werden vollständig verlegen. Es ist lächerlich, zu versprechen, daß die Posten durch Wagen gehoben werden soll, die man an die Verteilung anhängt. Das würde die fürchterlichsten Störungen gerade des Verkehrsverkehrs ergeben. Man wird ohne besondere Hilfsanstalten nicht auskommen. Das Schicksal will, daß in den schließlichen Tagen zweierlei fällt: einmal der endgültige Frieden und zweitens die Scherzblätter der Revolution. In Verhandlungen hofft man, daß am 11. November mit dem Entschluß des Verfalls der Verträge zu beenden. In diesen Tagen werden die vielen Entschlußkommissionen, die in Deutschland zu tun haben, unbedingt helfen unternehmen wollen. Auch man ihnen Extrazüge beschaffen? Und wie vertragen sich diese Sonderfahrten mit dem verfallenen Kartoffelverkehr? Am 7. November feiern wir, wie fröhlich, den Geburtstag der russischen, am 11. den der deutschen Revolution. Die Kommunisten, Sozialisten, Bolschewiken und ihre unabhängigen Anhänger werden Jahr und Tag auf diese Gelegenheit, die demokratisch-parlamentarische Regierung zu stürzen und das reine Königtum einzurichten, hat Herr Kowalew seine Truppen, um die Regierung zu schützen, und wie will er die Regimenter in die besetzten Städte werfen, wenn die Kartoffelverteilung als Frieden vorkommt? Diese schließliche Kartoffel- und Kohlenverteilung ist ein so ungeheures Verkehrsproblem, daß man es nur mit den großen militärischen Leistungen der Weltmacht und der Kriegsmaschinen gegen Belgien, Frankreich, Italien und Rumänien vergleichen kann. Ist dieses neue außerordentliche Verkehrsproblem jemals durch und vorbereitet worden? Wir fürchten, nein. Die Hauptbahnen aller großen Städte sind zur Zeit mit Güterzügen überfüllt. In den Industriezentren stehen doppelt soviel Wagen, als überhaupt dort stehen dürfen. Um diese Wagen zu verladen, zum Teil nicht entleerten Wagen auf die Straße und an die Kohlenbergwerke heranzubringen, wo auch die Kartoffeln und Kohlen zu holen sind, sind Wochen nötig. Und da will man in zehn Tagen mit allem fertig sein? Die Behörden haben selbst offenbar schon eine Ahnung, daß sie es nicht schaffen werden. Denn die amtliche Ankündigung der zehnmaligen Reduktion der Kartoffelverteilung ist dem geschätzten Publikum mit, daß auch nach dem 15. November bis auf weiteres, nur die notwendigen Züge fahren sollen. Es scheint zum Wollen bürokratischer Einschränkungen des Handels und Verkehrs, daß die den Fortschritt lähmen, die Generale vernünftigen. Man wird in den zehn Tagen der Verkehrsperre verlieren, was man jetzt noch kann. Das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands wird nach dem 15. November noch viel trübsamer sein als vor dem 5. November. Wir werden vielleicht die Kartoffeln und etwas mehr Kohlen haben. Aber der Eisenbahnverkehr, wie wir ihn aus der Abhängigkeit des Verkehrs und aus dem Überfluß des Wirtschaftslebens retten konnten, wird für lange Zeit unheilbar zusammengebrochen sein.

General Degoutte.

Die Agentur Havas meldet aus Paris: Ueber eine mit dem General Degoutte gehabte Unterredung meldet der „Paris Posten“, daß der General seine persönliche Politik in den Abhängigkeiten verfolgen wird. Seine Politik wird sich darauf beschränken, die Direktoren zur Ausführung zu bringen, bis ihm Herr Degoutte, mit dem er sich in Übereinstimmung steht, erteilen wird. Der General wird darüber machen, daß eine vollständige Division in seiner Armee herrscht. In seiner Eigenschaft als Vollstreckungsbeamter der internationalen Kommission in der General bereit, sich gegenüber den deutschen Behörden zu halten, aber fest zu zeigen, wie dies der Geist des Friedensvertrages nicht inspiriert. Was die Beziehungen zur Bevölkerung angeht, so ist der General geneigt, die Möglichkeit bis zum Wahnsinn zu treiben. Er erweist es als eine Willkür für die französische Presse, mit der deutschen Presse, die uns anmerken, daß der Krieg nicht abgebrochen ist, abzusprechen. Sie wollen den Deutschen auch dann auch unjenseits der Grenzen immer wieder einreden, daß wir unter keinem Verstand irgend eine Annexion beabsichtigen und daß wir keinen anderen als den Herrn Wilson trauen Wunsch haben, die Wälder über sich selbst zu heben zu lassen.

Der amerikanische Lebensmittelmittel-Hoover hat kürzlich in New-York eine Rede gehalten. In der er den Bankrott des Sozialismus erklärte. Von den rassistischen politischen Elementen in Russland und Unruhen sprechen, laßt Hoover ausdrücklich: „Wenn wir die Problematiken dieser Mischlinge aus Idealismus und Mordtätigkeit betrachten, so finden wir, daß selbst in einem vollständigen Umsturz in ihren eigenen sozialen und ökonomischen Ideen mitsamt haben. Sie sind von der Sozialisierung des Lebens abgekommen, weil sie erfahren hatten, daß die Bauern keine Lust haben, für eine Bezahlung mit akquisitorischen Phrasen zu arbeiten. Sie sind von der Gleichheit des Lohnes abgekommen und haben das kapitalistisch verkehrte Sozialismus akzeptiert, um den Eifer und den Willen der Arbeiter anzukurbeln. Sie offerieren heute solchen Mischlingen laßhafte Gehälter und richten damit den von ihnen beabsichtigten Sozialismus selbst wieder auf. Noch behaupten sie mit einem Schwallot von Phrasen, daß die Sozialisten sind. In Wirklichkeit gehen sie aber daran, das individuelle Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln der Arbeit wiederherzustellen. Das sozialistische Debut ist eingetreten und die Früchte des russischen Sozialismus werden den Zusammenbruch mit der Blockade der Alliierten zu erklären. Wer aber nur die geringste Kenntnis von Russland hat, weiß, daß dieses Reich innerhalb seiner Grenzen eine Fülle von Nahrung, Kohle, Wolle und Metalle besitzt, und daß seine Fabriken leistungsfähig genug sind. Der Sozialismus hat sich nicht nur in Russland, sondern auch in allen Ländern, die ihn zum herrschenden System erheben wollen, als ökonomischer und sozialer Selbstmord erwiesen.“

Birkenfeld. Das Wirtschaftsoptimum, das der Regierung bei den Wahlen zur Landesregierung anstelt wurde, hat den Präsidenten der Republik veranlaßt, Birkenfeld zu verlassen. Sicherem Bericht nach wird er nicht mehr in die Residenz zurückkehren.

